**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich: 1 - Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 08.06.2000
	Schriftführer Telefon-Nr. Herr Kredelbach 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 18.05.2000
Sitzungsort: Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis): 17:04 Uhr - 18:31 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis): Keine
Sitzungsteilnehmer: Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit	
2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -	
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 29.02.2000 - öffentlicher Teil - 258/2000	
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin	

5. **Annahme der neuen Bürgermeisterkette als Geschenk des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. an die Stadt Bergisch Gladbach**
208/2000

6. **Gründung der Veranstaltungsgesellschaft mbH "Rund um Köln" ;**
Bestellung der Gesellschaftsmitglieder
225/2000

7. **Einwohnerfragestunde**
301/2000

8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999**
178/2000

9. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2000**
271/2000

10. **Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen**
203/2000

11. **Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung**
183/2000

12. **Änderung/Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach**
hier: beratende Stimme für eine Vertreterin/einen Vertreter des Seniorenbeirates
202/2000

13. **Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß**
255/2000

14. **Ordnungsbehördliche Verordnung über allgemeine Ausnahmen vom Verbot des § 9 Absatz 1 Landes-Immissionsschutzgesetz (Nachtruhe) für Zwecke der Außengastronomie**
254/2000

15. **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung hier: § 13 - Aufwandsersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse**
251/2000

16. **Außenbereichssatzung Nr. 1157 - Buschhorn -**
- Aufhebung des Satzungsbeschlusses
- Beschluss als Satzung
136/2000

17. **Bebauungsplan Nr. 5142 - Luchsfeld - 3.Vereinfachte Änderung**
- Beschluss als Satzung
137/2000

18. **Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 1215 - Am Vorend -**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
143/2000

19. **Bebauungsplan Nr. 5537 - Technologiepark, Teil 2 - und teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 33/2 (Moitzfeld/Interatom)**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
154/2000

20. **Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 6546 - Wasserdelle -**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung
155/2000

21. **Antrag der SPD- Fraktion vom 27.03.2000 zur Einführung und Finanzierung eines Schülertickets für den Bereich der weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach**
221/2000

22. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 15.04.2000 zur Einführung eines Schülertickets an weiterführenden Schulen**
299/2000

23. **Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Stabstelle "Behördenlotse" zur**

Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Handwerksbetriebe im Rahmen von Baugenehmigungs- und Nutzungsänderungsverfahren

325/2000

24. Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2000 zur Einrichtung eines Bauflächenkaters

326/2000

25. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlußfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

- die Einladung vom 02.05.2000 mit ihren Anlagen
- das Schreiben vom 10.05.2000 mit seinen Anlagen
- die Ergänzung zur Vorlage 251/2000, die allen Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorliegt.

Weiterhin finden alle Ratsmitglieder auf ihren Tischen das „Bergisch Gladbacher Bus-Magazin; Nachrichten und Informationen zum Stadtbus Bergisch Gladbach“ vor.

Im Anschluß daran würdigt Bürgermeisterin Opladen die Verdienste des verstorbenen Ratsmitgliedes Wilhelm Kurschildgen. Der Rat legt zu dessen Gedenken eine Schweigeminute ein.

Danach führt sie Herrn Felix Nagelschmidt als Nachfolger des verstorbenen Wilhelm Kurschildgen in den Rat ein. Sie verpflichtet Herrn Nagelschmidt in feierlicher Form entsprechend der durch die Verwaltungsvorschrift zur Gemeindeordnung vorgegebenen Verpflichtungserklärung.

2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen verweist auf ein Schreiben des Ratsmitgliedes Dr. Fischer mit dem dieser seine Äußerungen zum Stellenplan (Seite 13 unten in der Niederschrift) klarstelle. Er wünsche eine Formulierung von Satz 3 des betreffenden Absatzes wie folgt:

„Mit der Zustimmung zum Stellenplan werde jedoch nicht nur über zusätzliche Ausgaben **von mehr als 1 Mio. DM im Jahre 2000, sondern über eine langjährige Verpflichtung in gleicher Höhe entschieden. Errechne man den Gesamtwert dieser Einmalentscheidung ähnlich einem Kredit, der über viele Jahre getilgt werden müsse, so erhalte man einen Betrag in der Größenordnung von 8 – 10 Mio. DM.**“

Es besteht Einvernehmen, daß die Niederschrift unter Punkt 10 des öffentlichen Teiles im üblichen Verfahren geändert wird.

Im übrigen wird die Niederschrift genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom

29.02.2000 - öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen aktualisiert den Durchführungsbericht in den Punkten 5, 35, 36 und 38. Die Aktualisierung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Freese möchte wissen, ob die Haushaltssatzung inzwischen rechtsverbindlich sei.

Dies wird von Bürgermeisterin Opladen verneint.

Zuletzt verweist Bürgermeisterin Opladen bei Punkt 39 auf eine schriftliche Äußerung des Ratsmitgliedes Ziffus zur Beantwortung einer Anfrage des Ratsmitgliedes Jung vom 29.02.2000 durch die Verwaltung. Da Herr Ziffus den Eindruck habe, die Beantwortung enthalte mißverständliche Äußerungen, bitte er, seine zusätzliche Erklärung dem Protokoll der Ratssitzung vom 29.02.2000 beizufügen.

Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Im übrigen wird der Bericht zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

1. Ergebnis der Kommunalwahlen in Marijampole am 19.03.2000

Bürgermeisterin Opladen gibt bekannt, daß am 19.03.2000 in Marijampole Kommunalwahlen stattgefunden hätten. Der Stadtdirektor dieser Stadt habe inzwischen das Wahlergebnis mitgeteilt. Die 27 Ratssitze verteilten sich auf insgesamt 7 Parteien.

Der Rat von Marijampole habe als Nachfolger für Bürgermeister Vidmantas Vasičiauskas Herrn Vidmantas Brazys für die Dauer von 3 Jahren zum neuen Bürgermeister gewählt. Sie habe Herrn Brazys zu dieser Wahl schriftlich die herzlichsten Glückwünsche des Rates, der Verwaltung sowie der Bürger der Stadt Bergisch Gladbach übermittelt.

Weiterhin habe der Stadtdirektor von Marijampole darüber informiert, daß im Rahmen einer Verwaltungsreform ab dem 01.05.2000 der Kreis Marijampole (vergleichbar mit den Regierungsbezirken in Nordrhein-Westfalen) nicht mehr bestehe. Dies habe zur Folge, das zum Verwaltungsgebiet der Stadt Marijampole statt bisher 52.000 nunmehr 72.000 Einwohner gehörten.

2. Sprachkursus für Jugendliche aus der Partnerstadt Marijampole in der Zeit vom 14. bis zum 26.08.2000

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die Partnerstadt Marijampole

inzwischen 14 Jugendliche und 2 Begleiter zur Teilnahme am Sprachkursus in Bergisch Gladbach während des o.g. Zeitraumes angemeldet habe. Alle Gäste sollten in Gastfamilien untergebracht werden. Obwohl sich solche bereits gemeldet hätten, suche die Verwaltung immer noch Familien (möglichst mit Kindern), die in Bergisch Gladbach wohnten und bereit seien, einen Gast aus Marijampole aufzunehmen. Da sich die Fraktionen in der Vergangenheit mehrfach geäußert hätten, bei der Suche nach Gastaufnahmen behilflich zu sein, bitte sie diese darum, die Verwaltung entsprechend zu unterstützen.

3. Einrichtung einer Verbundschule am Standort der Wilhelm-Wagener-Grundschule

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß die Bezirksregierung schriftlich die Zustimmung zur Einrichtung der Verbundschule am o.g. Standort zugestimmt habe. Befristet sei auch der zunächst notwendigen Depandance-Lösung zugestimmt worden.

5. Annahme der neuen Bürgermeisterkette als Geschenk des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. an die Stadt Bergisch Gladbach

Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Bürgermeisterin Opladen bedankt sich für das große Spendenaufkommen, das die Anfertigung einer besonders schönen Bürgermeisterkette ermöglicht habe. Öffentliche Gelder hätten nicht verwendet werden müssen. Sie spricht dem Verschönerungsverein einen besonderen Dank aus.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Das Geschenk des Verschönerungsvereines Bergisch Gladbach e.V. , die neue Bürgermeisterkette, wird mit besonderem Dank angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

6. Gründung der Veranstaltungsgesellschaft mbH "Rund um Köln" ;

Bestellung der Gesellschaftsmitglieder

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Rat stimmt der Entsendung von Herrn Torsten Köntje, CDU, als Mitglied und von Herrn Gerhard Neu, SPD, als stellvertretendes Mitglied zu.

7. **Einwohnerfragestunde**

Bürgermeisterin Opladen trägt den Inhalt eines Schreibens von Herrn Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1 in 51427 Bergisch Gladbach, zu den Bushaltestellen in der Straße In der Auen vor. Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Danach beantwortet sie diese Einwohneranfrage. Auch die Antwort ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

8. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999**

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2000**

Herr Dr. Miede sieht sich außerstande, dem Rat den von der Verwaltung formulierten Beschluß zu empfehlen. Er kritisiert, daß der von ihm geleitete Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport die Angelegenheit nicht vorberaten konnte und aufgrund dessen das formelle Verfahren zur Entscheidungsfindung nicht eingehalten wurde.

Herr Ziffus schließt sich dieser Kritik an. Er bemerkt, daß auch dem Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Vorgänge vorenthalten würden, obwohl diese nach der Zuständigkeitsordnung in ihm zu behandeln seien.

Herr Müller ergänzt, daß die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen in den letzten Jahren nie im zuständigen Fachausschuß behandelt wurden. Diese Verfahrensweise sei zu kritisieren. Er möchte wissen, ob eine Zurückweisung der Vorlage durch den Rat der Durchführung der VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2000 Hindernisse in den Weg lege.

Herr Freese geht davon aus, daß für den Fall der Zurückweisung die bisherigen Entgelte für die Veranstaltungen zu zahlen seien. Er kritisiert, daß dem Rat ein direkter Beschluß über die Entgelte in dieser Ratsperiode bereits zum zweiten Mal zugemutet werde. Dem Leiter der VHS sei nunmehr durch seine Vorgesetzten zu verdeutlichen, daß auch er an Fristen gebunden sei. Die SPD-Fraktion sei nicht mehr bereit, das bisherige Verfahren mit zu tragen und beabsichtige daher eine Ablehnung des Beschlußvorschlages.

Herr Blask ist der Auffassung, daß die Nichteinbindung des Fachausschusses durch einen Beschluß des Rates geheilt werde.

Herr Kierspel gibt zu bedenken, daß ein Nichtakzeptieren der Vorlage zu Lasten des Bürgers gehe. Er schlägt vor, einen Ratsbeschluß vorbehaltlich einer positiven Behandlung der Angelegenheit im Fachausschuß zu fassen, der am 06.06.2000 tage.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß mit einer Entscheidung über die Entgelte auch über das Programm entschieden werde.

Herr Kleine informiert darüber, aus der dem Fachausschuß kürzlich vorgelegten Halbjahresbilanz der Volkshochschule gehe hervor, daß diese über Jahre hinweg nicht unerhebliche Rücklagen gebildet habe. Der Leiter der VHS sei die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie hoch der in die Rücklage fließende Betrag im Falle einer Erhöhung der VHS-Entgelte sei. Er unterstellt, daß das Umgehen des Fachausschusses durch den Leiter der VHS auch taktische Gründe habe, um dezidiertere Fragen nach dem Haushaltsgebaren seiner Einrichtung zu vermeiden. Seiner Auffassung nach sei vor diesem Hintergrund ein reibungsloser Ablauf der VHS auch mit den bisherigen Entgelten möglich. Der Leiter der VHS sei aufgefordert, bei der nächsten anstehenden Erhöhung der Entgelte eine ordentliche Kalkulation vorzulegen, um die Notwendigkeit für eine solche Maßnahme zu begründen. Er schlägt vor, das Programm zu beschließen, jedoch die bisherigen Entgelte beizubehalten.

Herr Dr. Fischer kündigt für die F.D.P.-Fraktion einen Antrag im Fachausschuß mit folgendem Inhalt an:

„Ab dem Wintersemester 2000/2001 sind die Vorlagen zu den Entgelten für die VHS-Veranstaltungen wie folgt zu ergänzen:

1. Aufgliederung bzw. Zuordnung der auf den Seiten 4 ff. benannten Titel zu den auf Seite 3 der Vorlage benannten Themenbereichen.
2. Je Themenbereich eine pauschale Angabe, in welchem Umfang die Honorarkosten durch die Kursgebühren bzw. durch Zuwendungen gedeckt werden.
3. Je Themenbereich eine pauschale Angabe, in welchem Umfang die übrigen Kosten durch die Kursgebühren bzw. durch Zuwendungen gedeckt werden.
4. Berechnung der Gesamtdeckung der Kosten je Themenbereich.
5. Beispielhafte Angabe der Kosten für vergleichbare Kurse anderer Anbieter, vorrangig im Sport- und Gesundheitsbereich.“

Frau Ryborsch möchte wissen, ob die Volkshochschule Rücklagen bilden dürfe und wenn ja, in welcher Höhe dies bereits erfolgt sei und welchem Zweck dies diene.

Auch Bürgermeisterin Opladen teilt die Auffassung, daß der Fachausschuß bei den Beratungen über die VHS-Entgelte nicht übergangen werden dürfe. Sie kündigt an, diese Kritik an den Leiter der VHS weiterzugeben. Da die Veranstaltungen mit den Entgelten verbunden seien, solle dennoch heute ein Beschluß gefaßt werden. Ein separater Beschluß nur für die einzelnen Veranstaltungen sei nicht möglich.

Frau Schmidt-Bolzmann ergänzt, daß die Leitung der VHS bislang für die Nichteinbindung des Fachausschusses stets eine Entschuldigung vorgebracht habe. Dies sei diesmal unterblieben. Sie kündigt die Stimmenthaltung ihrer Fraktion an.

Herr Blask ist vor dem Hintergrund der Ausführungen von Frau Schmidt-Bolzmann über die Aussage in der Vorlage verwundert, daß der Vorsitzende des Fachausschusses über dessen Nichteinbindung unterrichtet gewesen sei.

Fachbereichsleiterin Roesgen bestätigt, daß die VHS Rücklagen bilde. Dies ergebe sich aus deren Bilanz, über die der Fachausschuß stets diskutiere. Zweck der Rücklagen seien notwendige Investitionen. Sie resultierten vor allem aus Abschreibungen. Auch die Gewinne der VHS ergäben sich aus der Bilanz und seien Gegenstand der Beratungen im Fachausschuß und einer Entscheidung im Rat. Anschließend würden diese 60 : 40 aufgeteilt und die VHS könne über den 60 %-Anteil wie alle anderen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen auch verfügen.

Auf Nachfrage von Herrn Müller ergänzt sie, daß eine Zurückweisung der Vorlage eine Verzögerung des Drucks und der Verteilung des Programmes der VHS bewirke.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß dies unter Marketing-Gesichtspunkten für die VHS äußerst abträglich wäre.

Herr Müller ist bereit, dem Beschlußvorschlag heute noch einmal zuzustimmen. Dies müsse allerdings unwiderruflich das letzte Mal sein.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und einer Stimme aus den Reihen der KIDitiative, bei Stimmenthaltung der F.D.P., einer Stimmenthaltung aus den Reihen der KIDitiative und drei Stimmenthaltungen aus den Reihen der SPD folgenden

Beschluß:

Die Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2000 werden beschlossen.

10. Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen

Herr Hoffstadt merkt an, daß die zur Verfügung stehenden Mittel lediglich 10.000,-- DM betragen. Er bittet darum, daß dieser Betrag im laufenden Haushalt aufgestockt wird, wenn sich hierfür eine Notwendigkeit ergibt.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Die „Richtlinien der Stadt Bergisch Gladbach zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen“ werden in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

11. Vereinbarungen im Rahmen der Übertragung der Alten Feuerwache aus dem Sondervermögen der Städtischen Feuerwehr auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Vereinbarungen wird zugestimmt.

12. Änderung/Ergänzung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach hier: beratende Stimme für eine Vertreterin/einen Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Blask hat keine Bedenken, daß ein Mitglied des Seniorenbeirates im Sozialteil des Ausschusses mitwirkt. Kritisch sehe er eine Mitwirkung im Bereich der Jugendhilfe. Hierbei wirke sich auch die Problematik aus, daß die Zukunft des Gesamtausschusses in seiner heute noch existierenden Form noch nicht feststehe. Nach wie vor sei nicht klar, ob der Jugendhilfeausschuß und der Sozialausschuß wieder getrennt würden. Seine Fraktion wolle daher den Beschlußvorschlag nicht mittragen.

Bürgermeisterin Opladen hält es für sinnvoll, daß ein Mitglied des Seniorenbeirates auch im Jugendhilfebereich mitwirkt. Die Senioren stellten schon in naher Zukunft den größten Bevölkerungsanteil dar und sollten daher auch von einer Mitgestaltung in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden.

Frau Ryborsch betont, daß eine Zusammenlegung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses wegen der besonderen gesetzlichen Voraussetzungen im Jugendhilfebereich nicht länger zulässig sei. Aufgrund dessen seien die beiden Teilbereiche so schnell wie möglich wieder zu trennen. Selbstverständlich stehe den Senioren im Sozialteil ein Mitspracherecht zu. Sie kündigt die Stimmenthaltung des größten Teiles ihrer Fraktion an.

Für Herrn Hoffstadt ist ein zusammengesetzter Ausschuß entsprechend der derzeitigen Regelung für eine Stadt der Größe von Bergisch Gladbach ohne weiteres mög-

lich. Allerdings stünden die gesetzlichen Voraussetzungen aus dem KJHG dem entgegen. Es bestehe die Gefahr, daß der Ausschuß rechtswidrige Beschlüsse fasse. Er bittet die Bürgermeisterin, nach Neubildung der Landesregierung noch einmal in Düsseldorf vorstellig zu werden, um die notwendige rechtliche Klarheit zu erlangen.

Herr Dr. Kassner betrachtet den Ausschuß in seiner jetzigen Zusammensetzung als vorbildlich mit Ausstrahlungskraft weit über Bergisch Gladbach hinaus.

Für Bürgermeisterin Opladen ist es entscheidend, daß die Senioren in den Ausschuß mit eingebunden werden. Für diese sei die Frage einer Rechtmäßigkeit des Ausschusses in seiner bestehenden Form eher zweitrangig.

Für Herrn Krämer ist die Frage einer Rechtswidrigkeit des Ausschusses in seiner heutigen Form noch lange nicht geklärt. Aus diesem Grunde sei dem Beschlußvorschlag zuzustimmen.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß das Modell Bergisch Gladbach in Bezug auf die Zusammensetzung des Ausschusses landesweit als vorbildlich betrachtet werde. Nicht ohne Grund habe Innenminister Behrendt seine Genehmigung für die Zusammenfassung gegeben. Der Grund, weshalb eine weitere Genehmigung nicht mehr erfolgen solle, sei lediglich ein Streit zwischen zwei Landesministerien. Es gebe z.Z. eine stillschweigende Duldung, den Ausschuß in seiner bisherigen Form weiter zu betreiben, unter der Voraussetzung, daß gewisse Formalien eingehalten werden. Sie beabsichtige, die Regelung für Bergisch Gladbach so lange beizubehalten, bis sie durch die Landesregierung anders angewiesen werde.

Sodann faßt der Rat einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDinitiative folgenden

Beschluß:

Die V. Nachtragssatzung zur Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

13. Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlaß

Bürgermeisterin Opladen weist darauf hin, daß die Überschrift der Verordnung um das Wort „ordnungsbehördliche“ zu ergänzen sei.

In der Präambel sei hinter den Worten „in seiner Sitzung am 18.05.2000“ die Worte „für das Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach“ zu ergänzen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird in der Fassung der Anlage mit den v. g. Ergänzungen beschlossen.

14. **Ordnungsbehördliche Verordnung über allgemeine Ausnahmen vom Verbot des § 9 Absatz 1 Landes-Immissionsschutzgesetz (Nachtruhe) für Zwecke der Außengastronomie**

Herr Freese hat Bedenken, der Ausdehnung der Ausschankzeiten auf 23.30 Uhr an bestimmten Tagen zuzustimmen. Dies entspreche vor allem dem Begehren eines einzelnen Gastwirtes im Stadtgebiet. Für gastronomische Betriebe, die nicht von Wohnbebauung umgeben seien, könne dies ohne weiteres hingenommen werden. Anders stelle sich dies für Betriebe dar, bei denen dies nicht zutreffe. Der Rat habe bereits einer Ausdehnung der Zeiten auf 23.00 Uhr zugestimmt. Dies sei ausreichend. Es gebe nach wie vor Bürger, die auf eine ausreichende Länge ihrer Nachtruhe angewiesen seien. Die SPD-Fraktion werde daher der Ausdehnung der Ausschankzeiten auf 23.30 Uhr nicht zustimmen.

Herr Müller gibt zu Bedenken, daß ein Ausnutzen der verlängerten Öffnungszeiten in den hiesigen Breitengraden ohnehin nur an wenigen Tagen zum Tragen komme. Seine Fraktion werde daher zustimmen.

Auch Frau Ryborsch bekundete ihre Zustimmung zu den verlängerten Ausschankzeiten.

Sodann faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion folgenden

Beschluß:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach erläßt die als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung in ihrer modifizierten Form.

15. **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung hier: § 13 - Aufwandsersatz für Haus- und Grundstücksanschlüsse**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Die XI. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluß an die

öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird in der Fassung der Ergänzung zur Vorlage 251/2000 beschlossen.

16. **Außenbereichssatzung Nr. 1157 - Buschhorn -**
- Aufhebung des Satzungsbeschlusses
- Beschluss als Satzung

Herr Ziffus merkt an, daß der Vertreter seiner Fraktion im Planungsausschuß gegen den Beschlußvorschlag gestimmt habe. Das Protokoll der Planungsausschußsitzung sei daher entsprechend zu korrigieren.

Sodann faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Stimmenthaltung der SPD und bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der F.D.P. folgende

Beschlüsse:

*I. Der Beschluss des Rates vom 17.08.1999 zur Außenbereichssatzung Nr. 1157 - **Buschhorn** - wird aufgehoben.*

*II. Die Außenbereichssatzung Nr. 1157 – **Buschhorn** – wird gem. § 35 Abs.6 Baugesetzbuch und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen mit geänderter Begrenzung als Satzung beschlossen.*

17. **Bebauungsplan Nr. 5142 - Luchsfeld - 3.Vereinfachte Änderung**
- Beschluss als Satzung

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

*Der Bebauungsplan Nr. 5142 – **Luchsfeld** – **3.Vereinfachte Änderung** wird gem. § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen als Satzung beschlossen.*

18. **Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 1215 - Am Vorend -**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

Der Rat faßt zunächst mehrheitlich gegen zwei Stimmen aus den Reihen der SPD, gegen vier Stimmen aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der F.D.P. in getrennten Abstimmungen folgende

Beschlüsse:

- I. Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1215 – Am Vorend – wird ein Änderungsverfahren im Sinne des § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch durchgeführt. Die Änderung betrifft die Ableitung von Niederschlagswasser.
- II. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1215 – Am Vorend – gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgebrachten Anregungen

T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
T 2 BELKAW wird entsprochen,
B 1 F.J. Kaiser wird entsprochen,
B 2 Familie Spirito wird nicht entsprochen,
B 3 H. Niemczyk wird entsprochen,
B 4 Dr. J. Breunig wird entsprochen,
B 5 R. Oberbach wird entsprochen,
B 6 Dr. J. Reyle-Schindelmayer wird nicht entsprochen,
B 7 Dr. N. Schindelmayer wird nicht entsprochen,
B 8 Dr. R. Jaussi wird entsprochen.

Im Anschluß daran faßt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der F.D.P. und gegen vier Stimmen aus den Reihen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in getrennten Abstimmungen folgende

Beschlüsse:

- III. Der Durchführungsvertrag wird in der vorliegenden Fassung abgeschlossen.
- IV. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 1215 – Am Vorend – wird gemäß § 10 Baugesetzbuch und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.

19. **Bebauungsplan Nr. 5537 - Technologiepark, Teil 2 - und teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 33/2 (Moitzfeld/Interatom)**
- Beschlüsse zu Anregungen
- Beschluss als Satzung

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgende

Beschlüsse:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 5537 TechnologiePark, Teil 2- und des teilw. aufzuhebenden Bebauungsplanes

Nr. 33/ 2 (Moitzfeld/ Interatom) gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgetragenen Anregungen

T 1 Staatliches Umweltamt Köln wird **nicht entsprochen**,

T 2 Staatliches Forstamt wird **entsprochen**,

B 1 U. Siekmann wird **nicht entsprochen**.

II.

Gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 4 und 28 Gemeindeordnung NW wird der Bebauungsplan Nr. 5537 –TechnologiePark, Teil 2- als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.

III.

Gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 4 und 28 Gemeindeordnung NW wird die teilweise Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 33/ 2 (Moitzfeld/ Interatom) als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.

Der aufzuhebende Teilbereich umfaßt den Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. 5537 -TechnologiePark, Teil 2 – sowie eine untergeordnete angrenzende Fläche.

Der aufzuhebende Teilbereich ist in einer Katasterkarte M 1: 1000 dargestellt. Die Karte ist Bestandteil dieses Beschlusses.

20. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 6546 - Wasserdelle - - Beschlüsse zu Anregungen - Beschluss als Satzung

Der Rat faßt in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende

Beschlüsse:

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 6546 – **An der Wasserdelle** – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Anregungen der Einwender

B 1 Eheleute Roderburg wird **nicht entsprochen**,

B 2 Eheleute Weigand wird **nicht entsprochen**,

T 1 Staatliches Forstamt wird **entsprochen**,

T 2 Rheinische Gas- und Wasserwerke RGW wird **entsprochen**,

T 3 Der Landrat wird **teilweise entsprochen**.

II. Der Durchführungsvertrag wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 6546 – An der Wasserdelle – wird gemäß § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen zusammen mit der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB.

21. **Antrag der SPD- Fraktion vom 27.03.2000 zur Einführung und Finanzierung eines Schülertickets für den Bereich der weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach**

Es bestehen keine Bedenken, daß die Punkte 21 und 22 gemeinsam behandelt werden.

Herr Waldschmidt ist mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden. Aus den Gesichtspunkten der Mobilität junger Menschen, der Schulwegsicherung sowie einer möglichst weitgehenden Bindung an den ÖPNV sei die Einführung eines Schülertickets sinnvoll. Ein solches solle im Interesse einer möglichst weitreichenden Akzeptanz nicht teurer als 20,00 DM pro Monat und Schüler sein. Er weist auf ein Schreiben des Schulpflegschaftsvorsitzenden des Otto-Hahn-Gymnasium an den Verkehrsverbund hin, das der Verwaltung in Kopie vorliege.

Auch Frau Böcher bittet darum, daß die Preisgestaltung für das Schülerticket moderat durchgeführt wird. Als Richtschnur könne das Juniorticket dienen.

Es besteht Einvernehmen, daß die Verwaltung wie vorgeschlagen verfährt.

22. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 15.04.2000 zur Einführung eines Schülertickets an weiterführenden Schulen**

Der Punkt wurde unter TOP 21 mit abgehandelt.

23. **Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Stabstelle "Behördenlotse" zur Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Handwerksbetriebe im Rahmen von Baugenehmigungs- und Nutzungsänderungsverfahren**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird an den Hauptausschuß überwiesen.

24. **Antrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2000 zur Einrichtung eines Bauflächenkaters**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

Beschluß:

Der Antrag wird an den Hauptausschuß überwiesen.

25. **Anfragen der Ratsmitglieder**

1. **Anfragen zur Fußgängerbrücke im Bereich des Parkhauses Nord sowie zur Beantwortung von Fragen im Zusammenhang mit der Realisierung des Kinocenters**

Frau Hammelrath stellt folgende Fragen:

- a) Wie sei der Sachstand im Hinblick auf die Errichtung eines Brückenprovisoriums im Bereich des Parkhauses Nord?
- b) Wann könnten sie und Herr Neu mit der Beantwortung ihrer nach erfolgter Akteneinsicht gestellten Fragen rechnen?

Bürgermeisterin Opladen antwortet zu b), daß die Beantwortung so schnell wie möglich erfolge.

Frau Müller-Veit antwortet zu a), daß am heutigen Tage für das Brückenprovisorium die Freigabe des Prüfstatikers erfolgte. Mit dem Bau solle bereits morgen begonnen werden. Bezahlt werde die Brücke vom Investor.

2. **Verschiedene Anfragen des Ratsmitgliedes Hoffstadt**

Herr Hoffstadt stellt folgende Fragen:

- a) In welchem Zeitraum würden Anfragen der Ratsmitglieder beantwortet?
- b) Im Neufeldweg werde die vorgegebene Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h grundsätzlich nicht eingehalten. Er bittet darum, ihm mitzuteilen, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe, hier regulierend (durch entsprechende Überwachungsmaßnahmen) einzugreifen.
- c) Welche Möglichkeiten sehe die Verwaltung, dem Verein Donum Vitae bei seiner Raumsuche in Bergisch Gladbach behilflich zu sein. Er wisse, daß die Verwaltung diesbezüglich angeschrieben wurde.
- d) Unter Bezugnahme auf die Katastrophe in Enschede wolle er wissen, ob es im

Stadtgebiet von Bergisch Gladbach in der Nähe von Wohngebiete Betriebe gebe, die mit gefährlichen Stoffen umgingen. Falls ja, wolle er zusätzlich wissen, welche Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurde, um Zwischenfälle oder Schlimmeres wirksam zu verhindern.

Bürgermeisterin Opladen antwortet zu a), daß die Beantwortung der Anfrage, auf die Herr Hoffstadt Bezug genommen habe, heute versandt wurde.

3. Anfragen des Ratsmitgliedes Schmidt-Bolzmann

Frau Schmidt-Bolzmann stellt folgende Fragen:

- a) Sei es möglich, im Zahlenspiegel für 2001 folgende Dinge nachzutragen:
 - den Hinweis unter der Rubrik Gesundheit und Soziales auf den Seniorenbeirat und den Ausländerbeirat,
 - den Hinweis unter der Rubrik Bildung auf das B.I.B. und die Wirtschaftsschule Küsters.
- b) Sehe die Bürgermeisterin aufgrund der in diesem Jahr stark steigenden Personalkosten die Notwendigkeit, einen Nachtragshaushalt vorzulegen?

4. Anfrage des Ratsmitgliedes Schu

Frau Schu weist darauf hin, daß es im Bereich des Verkehrsbauwerkes künftig offenbar keinen Taxistand geben solle. Hieraus resultiere, daß ankommende Bürger nicht mehr die Möglichkeit hätten, von dort aus mit dem Taxi weiter zu fahren. Sie möchte wissen, ob es möglich ist, doch noch einen neuen Taxistand vorzusehen.

Weiterhin möchte sie wissen, ob es auch künftig möglich sein werde, in den Abendstunden durch den Fahrer der Straßenbahn ein Taxi zur Endhaltestelle zu bestellen.

Die Anfragen werden, sofern sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.